

Berichte

Zur währungs politischen Situation der Entwicklungsländer

Möglichkeiten und Grenzen der Stabilisierung

1. Einleitung

Über die währungs politischen Probleme der Entwicklungsländer ist mittlerweile sehr viel geschrieben worden. Laufend finden Tagungen statt, die sich dieser Problematik zwar näher annehmen, aber bisher noch nicht zu einer Lösung gefunden haben. Der Ruf nach einer Neuordnung der Weltwirtschaft und — damit eng zusammenhängend — auch der Neuordnung der Weltwährungsordnung wird so lange nicht verstummen, bis ein tragfähiger Kompromiß zwischen den oft gegensätzlichen Auffassungen der Industrieländer und Entwicklungsländer gefunden ist. So stehen den mehr programmatisch ausgerichteten Forderungen der Entwicklungsländer die eher marktwirtschaftlich orientierten Vorschläge der Industrieländer gegenüber. Ein Kompromiß sollte aber nicht nur die kurzfristigen „taktischen“ Ziele ins Auge fassen, sondern verstärkt auch langfristige „strategische“ Lösungsmöglichkeiten berücksichtigen. Die folgenden Ausführungen wollen deshalb — in einer Art Bestandsaufnahme — noch einmal kurz die wichtigsten Möglichkeiten einer Stabilisierung sowie ihrer Grenzen aufzeigen.

2. Strukturelle und monetäre Ursachen der gegenwärtigen Währungsinstabilität in Entwicklungsländern

Das grundsätzliche Problem internationaler Handels- und Wirtschaftsbeziehungen dokumentiert sich in den schon chronisch zu nennenden Zahlungsbilanzdefiziten der Entwicklungsländer. Da jedoch eine ständige Finanzierung dieser Defizite infolge einer nur begrenzt verfügbaren Ausstattung mit Währungsreserven nicht möglich ist, wird (und wurde) im Laufe der Zeit der Zwang zur Anpassung und Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts immer dringender. Es ist daher

nur verständlich, wenn die betroffenen Länder (nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems) einen funktionsfähigen Ausgleichsmechanismus fordern, wobei sie eine Umverteilung der realen Ressourcen von den Überschußländern zu den Defizitländern anstreben.

Für die Ungleichgewichtssituation der Entwicklungsländer gibt es nun eine Reihe von Erklärungsursachen, die im folgenden nur stichwortartig aufgezählt werden sollen, da in der Literatur eingehende Untersuchungen darüber durchgeführt wurden¹. Die hauptsächlichsten Bestimmungsfaktoren sind durch strukturelle und monetäre Störungen gegeben. Doch gibt es neben diesen ökonomischen Problemen gerade in den am meisten unterentwickelten Staaten auch soziologische und psychologische Hemmnisse (Kultur, Werturteile, Religion etc.), die jegliche marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungshilfe zum Scheitern verurteilen. Fehlender Eigennutz und Ablehnung eines am Gewinn orientierten Wirtschaftssystems bringen es mit sich, daß sehr viele Entwicklungsländer die Ideen des Sozialismus und damit planwirtschaftliche Elemente übernehmen.

Als wichtigste ökonomische Störfaktoren gelten im allgemeinen jedoch die *strukturbedingten Ursachen* der Devisenbilanzungleichgewichte in den Entwicklungsländern, denn die bedeutendsten Quellen für Deviseneinnahmen liegen für die Entwicklungsländer im Außenhandel. Dagegen werden im Durchschnitt nur 20 % der Finanzierungsmittel für die entwicklungsnotwendigen Importe durch Wirtschaftshilfe und Privatinvestitionen aus den Industrieländern aufgebracht. Die Exportstruktur ist dabei hauptsächlich auf Primärprodukte (Rohstoffe) ausgerichtet, deren Preisentwicklung im allgemeinen mehr oder minder starke Schwankungen aufweist. Da aber der Preis (neben der Mengenkomponente) für die Höhe der Exporterlöse (und damit für die Deviseneinnahmen) ausschlaggebend ist, haben die Rohstoffpreisbewegungen einen entscheidenden Einfluß auf die Liquiditätslage des betreffenden Landes, die Entwicklung der Terms of Trade und damit auch auf den Import der für die Entwicklung notwendigen Produkte.

Die Situation ist deswegen oft so bedrohlich, weil der Produktionsaufbau dieser Länder oft zu einseitig ist (Monokulturen). Die Komplen-

¹ Vgl. u. a. Peter-Johann *Schneider*: Die Bedeutung der internationalen Währungsordnung und der vorliegenden Reformvorschläge für die Entwicklungsländer (Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Bd. 17), Tübingen - Basel 1974, S. 33 ff.

tärstruktur der Entwicklungsländer (als Reflex der Entwicklung in den Industrieländern) bewirkt darüber hinaus eine prozyklische Verbindung mit den konjunkturbedingten Nachfrageschwankungen in den Verbraucherländern.

Die mangelnde Diversifikation und Einseitigkeit der Produktpalette wird verstärkt durch die mangelhafte Binnenstruktur (Verkehrssystem, Infrastruktur etc.), die einen optimalen Aufbau eines marktwirtschaftlichen Industrialisierungsprozesses verhindert. Ein „Take-off“ mit den Chancen einer gesteigerten Exportfähigkeit kommt deswegen oft nicht zustande, da aufgrund der hohen Importquote gerade in den Entwicklungsländern ein einmal entstandener Kaufkraftimpuls direkt wieder abfließt. Dadurch sinkt die Investitionsneigung und ein (für die außenwirtschaftliche Stabilisierung notwendiger) Expansionsprozeß mit den entsprechenden Einkommens- und Kapazitätseffekten findet nicht statt.

Verstärkt werden diese strukturbedingten Hemmnisse eines Zahlungsbilanzausgleichs aber noch durch *monetäre Ursachen* der Devisenbilanzungleichgewichte. So haben Untersuchungen ergeben, daß zum Beispiel rasch steigende Preise einen hemmenden Einfluß auf das Wirtschaftswachstum des Landes (und damit auch seine Exportfähigkeit) ausüben. Denn es erfolgt in vielen Fällen eine Fehlleitung der Produktionsfaktoren und damit eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Weiterentwicklung. Darüber hinaus wirken sich die monetären Störungen auf die qualitative und quantitative Zusammensetzung des Importvolumens aus. Sinkende Exportfähigkeit und wachsender Importsog entsprechen nicht den ökonomischen Erfordernissen zur Mobilisierung ungenutzter Ressourcen und der notwendigen strukturellen Änderungen.

Auch ist in den meisten Entwicklungsländern der „Schwellenwert inflationärer Fühlbarkeit“ nicht so stark ausgeprägt wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, und daher wird vielfach keine konsequente Stabilitätspolitik betrieben. Dazu kommt, daß oft die eigentlichen Ursachen der Preissteigerungen nicht bekannt sind. Denn nicht alle Inflationsimpulse sind außenwirtschaftlich determiniert.

3. Zu den Notwendigkeiten einer Problemlösung

Aufgrund der wirtschaftlichen Interdependenz zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern ist eine Lösung der anstehenden Probleme in beiderseitigem Interesse. Denn beide Gruppen brauchen den Ab-

satzmarkt des anderen für die jeweiligen Produkte, wobei sich speziell bei den Entwicklungsländern Schwierigkeiten in der

- Kapitalbeschaffung und der
- Technologiebeschaffung

ergeben².

Das Ziel einer Reform der internationalen Handelsbeziehungen und der Weltwährungsordnung sollte aber nicht nur darin bestehen, die Entwicklungsländer als gleichberechtigte Partner im Welthandel anzusehen und ihnen auch ein entsprechendes Mitspracherecht in allen Fragen der internationalen Währungspolitik einzuräumen (vgl. die Forderungen der „Gruppe der 77“, die als Gegengewicht zur Zehnergruppe gegründet worden ist), sondern diese Integration sollte neben den „rein ökonomischen“ Aspekten auch die politisch-gesellschaftlichen Integrationsprobleme mit berücksichtigen. Eine der Hauptaufgaben muß daher in der Erarbeitung gemeinsamer „Leitbilder“ für eine voll integrierte Weltwirtschaft bestehen, die ihrerseits ihr monetäres Spiegelbild in einer neugeordneten Weltwährungsordnung finden sollte³.

Eine optimale Zielerreichung scheiterte bisher jedoch aufgrund mangelnder Einsicht. Sowohl bei den Entwicklungsländern als auch bei den Industrieländern. Die Entwicklungsländer sehen zum Beispiel die Ursachen ihrer fatalen außenwirtschaftlichen Situation zum einen in dem Rückgang der Exporterlöse aufgrund zyklischer Nachfragerückgänge der Industriestaaten und zum anderen in der inflationären Verteuerung der Importgüter begründet, gegen die sie sich in beiden Fällen nicht zur Wehr setzen können, da die Preiselastizität der Nachfrage nach Rohstoffen nach unten flexibel ist, während sie bei den Industrieprodukten nach unten starr ist. Zwar sind diese Effekte nicht von der Hand zu

² Zu dem Problem des Technologietransfers als Instrument der Entwicklungspolitik und den Möglichkeiten eines verbesserten Einsatzes vgl. Karl W. Menck: Technologietransfer in der Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik — Eine Bestandsaufnahme, in: Vierteljahresberichte, Probleme der Entwicklungsländer (Hrsg.: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung), Nr. 64, Juni 1976, S. 101 - 116.

³ Zu den Fragen der Integrationstheorie vgl. u. a. die Aufsätze von: Hermann Sautter (Integration in internationale Güter- und Faktorströme — ein Instrument zur Überwindung oder Verstärkung der Unterentwicklung?) und Hans-Jürgen Harborth (Anforderungen an eine revidierte Integrationstheorie für Entwicklungsländer), in: Winfried von Urff: Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft — Probleme, Chancen, Gefahren (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 90), Berlin 1976, S. 11 ff. und S. 65 ff.

weisen, doch sind sie unseres Erachtens nicht der alleinige Grund für die Instabilität. Vielmehr sollten die Entwicklungsländer durch eine langfristige Strukturpolitik eine schrittweise Anpassung erreichen. Denn man kann von ihnen verlangen, daß sie sich in ihren Dispositionen am mittel- und langfristigen Trend orientieren und nicht allein an den kurzfristigen Konjunkturschwankungen. Eine Boomsituation in den Verbraucherländern mit den entsprechenden Nachfragesteigerungen ist nicht als „Normalsituation“ anzusehen. Systembedingter Nachfragerückgang sollte nicht dazu führen,

- daß die Schuld laufend den Industrieländern zugeschoben wird und
- daß die Entwicklungsländer daraufhin jedesmal nach auswärtiger Hilfe rufen.

Mangelnde Einsichten liegen aber auch bei den Industrieländern vor. So wurden die Entwicklungsländer bisher nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt. Das zeigt sich deutlich bei Importrestriktionen, die hauptsächlich gegen Produkte aus Entwicklungsländern eingeführt wurden (zum Beispiel zur Sicherung der Beschäftigung in der Rezession, zum Schutz der Bevölkerung aus gesundheitspolitischen Gründen).

Eine Beseitigung der Handelshemmnisse allein bei bewußt importhemmenden Maßnahmen muß aber noch ergänzt werden durch die Bereitschaft der Industrieländer, den Entwicklungsländern das nötige Kapital und die Technologie zur Verfügung zu stellen.

4. Die Forderungen der Entwicklungsländer

Die Möglichkeiten zu einer währungspolitischen Stabilisierung der Situation der Entwicklungsländer können nicht losgelöst von der in letzter Zeit wieder verstärkt diskutierten Neuordnung der Weltwirtschaftsordnung betrachtet werden. Die Kernpunkte der Forderungen, die die Entwicklungsländer an ein — auch nach ihren Vorstellungen — optimales System der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung knüpfen, lassen sich stichwortartig wie folgt umschreiben⁴: Die Verbesserung der

⁴ Aus der umfangreichen Literatur, die inzwischen zu dem Problem der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung erschienen ist, seien beispielhaft angeführt: Hans G. Glismann, Paulgeorg Juhl, Bernd Stecher: Ökonomische Implikationen der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ (Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 46), Kiel 1976; Rainer Jonas, Manfred Tietzel (Hrsg.): Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn - Bad Godesberg 1976; Jürgen B. Donges: Probleme einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in Winfried von Urff (Hrsg.): Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft, a.a.O., S. 185 - 209.

Terms of Trade, wobei anschließend die neuen Austauschrelationen möglichst festgeschrieben werden sollten, die Stabilisierung und Erhöhung der Rohstoffpreise durch Rohstoffabkommen, die Indexierung der Exportpreise für Primärgüter sowie die erhöhte Verfügungsgewalt über ausländische Direktinvestitionen.

Ergänzt werden diese Forderungen noch durch gewisse währungspolitische Vorstellungen, wie zum Beispiel:

- wirksame Mitspracherechte in der Währungspolitik, zum Beispiel Erhöhung des Stimmrechts bei IWF und Weltbank, und
- wirksamere Finanzierungsmöglichkeiten der Leistungsbilanzdefizite, insbesondere
 - zu besseren Konditionen als bisher (möglichst lange Laufzeiten, geringe Zinsen) und
- Ablehnung wirtschaftspolitischer Auflagen.

Zu diesem Zweck streben die Entwicklungsländer folgende Maßnahmen an:

1. Ausweitung und Liberalisierung der Kreditfazilitäten im IWF
2. Schaffung neuer Fazilitäten
3. Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte (SZR)
4. Verknüpfung von SZR-Zuteilung und Entwicklungsfinanzierung (SZR-Link)
5. Bildung von Rohstoff-Auffanglager (Buffer Stocks) zur Dämpfung der Preisausschläge um den Trend
6. Verbessertes Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten.

Um die Probleme speziell der am wenigsten entwickelten Länder („Least Developed Countries“ und „Most Seriously Affected Countries“) zu mildern, werden darüber hinaus verstärkte Finanzierungshilfen der sogenannten „reichen“ Staaten und besonders günstige Konditionen bei der Verschuldung gefordert, wobei eine größere Flexibilität im Zins- und Tilgungsplan angestrebt wird. Von besonderem Interesse sind dabei Fragen, die Schuldenerlaß, Moratorien, Umschuldung und Zinssubvention betreffen. Denn nach Auffassung der Entwicklungsländer sind die Verschuldungsprobleme in vielen Fällen nur durch äußere Einwirkungen

hervorgerufen. Aus diesem Grund fordern sie eine Ausgleichsfinanzierung für die Exporterlösausfälle, die entstanden sind durch

- Inflation
- Rezession
- Schwankungen der Wechselkurse.

Jedoch, eine Erfüllung dieser Forderungen ist zwar eine notwendige, aber bei weitem nicht hinreichende Bedingung für die Stabilisierung der außenwirtschaftlichen Situation in den Entwicklungsländern. Denn diese Maßnahmen zielen zu einem großen Teil nur auf eine Überbrückung der gegenwärtigen Liquiditätsschwierigkeiten ab, wobei unseres Erachtens nur an Symptomen geheilt wird, die eigentlichen Ursachen der Instabilität (mangelnde Eigenständigkeit, Komplementärstruktur, einseitige Produktpalette etc.) damit aber noch nicht behoben sind. Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz allein durch fremde Hilfe und laufende Kreditaufnahme verschlechtert die Position der Entwicklungsländer zunehmend (Anstieg des Schuldendienstes). Schuldenerlaß und Schenkungen sind keine geeigneten Lösungsmöglichkeiten, da sie

erstens die Geberländer vor unüberwindliche Probleme stellen (innenpolitische Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit solcher Hilfen bei eigenen ungelösten Problemen, Überforderungen der Finanzkraft etc.);

zweitens die Nehmerländer aber auch nur vorübergehend von ihren Schwierigkeiten befreien und sie darüber hinaus bei „automatischer Hilfestellung“ von außen in ihren eigenen Anstrengungen zur Beseitigung der Instabilitäten erlahmen lassen.

Aus diesem Grunde sollte unterschieden werden zwischen kurzfristigen Hilfen zum Abbau der gegenwärtigen Devisenbilanzdefizite einerseits und den mehr langfristigen Hilfen zum Aufbau einer eigenen leistungs- und konkurrenzfähigen Wirtschaft in diesen Ländern andererseits.

Darüber hinaus muß man berücksichtigen, daß die notwendigen Hilfen im Geberland zwangsläufig zu Einschränkungen führen müssen. Denn es kann im ganzen nicht mehr umverteilt werden, als vorhanden ist. Es ist darum auch in den entwickelten Ländern ein langfristiger Umstrukturierungsprozeß erforderlich, dessen Notwendigkeit aber leider immer noch nicht genügend anerkannt zu sein scheint.

Die langfristigen Entwicklungshilfen der Industrieländer müssen aus währungspolitischer Sicht das Hauptgewicht auf eine Stärkung der Exportfähigkeit in den Entwicklungsländern legen, welches letztendlich aber nur durch eine gesunde Binnenstruktur erreicht werden kann. Kurzfristige Währungshilfen sollten allein in diesem Sinne nur eine die Entwicklungspolitik unterstützende Funktion haben. Sie sind notwendig,

- um momentane Instabilitäten im Rahmen der Zahlungsbilanz zu beseitigen,
- um einen funktionsfähigen Welthandel zu ermöglichen und
- um den Aufbau einer stabilen Wirtschaft im Rahmen der Entwicklungspolitik vorzubereiten.

Die Tatsache, daß langfristige Entwicklungs- und Strukturpolitik nicht mehr ohne die Rolle der internationalen Währungsorgane denkbar ist, sollte aber nicht zu dem falschen Schluß führen, daß die Reformbestrebungen des Weltwährungssystems unlösbar mit den Problemen der internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen verknüpft werden könnten. Denn das Währungssystem stellt nur die Rahmenbedingungen für einen funktionsfähigen Welthandel dar. Die Aufgabenschwerpunkte der jeweiligen Bereiche sollten daher zu den dafür vorgesehenen Institutionen verlagert werden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist nicht das geeignete Forum der sog. „Nord-Süd-Auseinandersetzung“. Dies ist (und bleibt) vielmehr die Aufgabe der UNCTAD (als Organ der UN), die folgende Schwerpunkte behandeln soll⁵:

- Förderung des internationalen Handels zur wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer und
- Erarbeitung von Grundsätzen und Richtlinien zur Lösung von handels- und entwicklungspolitischen Fragen.

In diesem Sinne müssen auch die Aufgaben der UNCTAD im Rahmen der internationalen Strategie für die nächste Entwicklungsdekade angesehen werden.

Die Entwicklungsländer fordern zu diesem Zweck zwar eine Ausrichtung des Weltwährungssystems auf ihre Interessen (was durchaus berechtigt ist), es darf hier aber nicht zu einer Vermischung der Aufga-

⁵ Vgl. UN-Resolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964, § 3.

benschwerpunkte kommen. Schon im Bretton-Woods-System wurde eine klare Trennung zwischen

- (a) Sicherung der internationalen Liquidität und
- (b) Bereitstellung langfristiger Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung

geschaffen, wobei diese Aufgaben entsprechenden Organen zugewiesen wurden:

zu (a): Internationaler Währungsfonds

zu (b): Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank).

In der gegenwärtigen Situation findet jedoch eine immer stärker werdende Vermischung dieser beiden ursprünglich getrennt zu betrachtenden Aufgabenpakete statt, der unseres Erachtens jedoch entgegengewirkt werden sollte.

5. Möglichkeiten und Grenzen einer währungspolitischen Stabilisierung

5.1. Möglichkeiten einer Stabilisierung auf längere Sicht

5.1.1. Eigene Anstrengungen der Entwicklungsländer

Die Strategie der Entwicklungsländer zur Lösung ihrer eigenen Probleme sollte vornehmlich folgende Punkte berücksichtigen:

- (a) Schaffung der Voraussetzungen für eine Stabilisierung des realen Ressourcentransfers im Inland. Insbesondere: Stärkung der eigenen Exportfähigkeit, z. B. durch Verbesserung der Binnenstruktur, Schaffung eines leistungsfähigen Verkehrssystems, Diversifikation der Produktionspalette etc. Diese Aufgaben können oft jedoch nur mit auswärtiger Hilfe bewältigt werden. Doch sollten die Entwicklungsländer ein „Klima des Vertrauens“ schaffen, das es den Industrieländern ermöglicht, Hilfe zu gewähren (vgl. c)).
- (b) Durchführung einer exportorientierten Entwicklungsstrategie, die auf eine Marktöffnung bei den Industrieländern abzielt. Hierbei sollte auf eine Planung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion im Weltmaßstab (zum Beispiel Verteilung der Produktionen auf verschiedene Entwicklungsländer) — wie vielfach von diesen

Ländern gefordert wurde — verzichtet werden. Denn die negativen Erfahrungen planwirtschaftlich orientierter Volkswirtschaften mit der Verschwendung knapper Ressourcen durch Fehlallokation sollten eine Lehre sein.

- (c) Schaffung der Voraussetzungen für den Kapitaltransfer aus den Industrieländern. Dazu zählt das (schon angesprochene) sogenannte „Klima des Vertrauens“, das es ermöglichen soll, daß
- auch private Investoren Kapital zu annehmbaren Bedingungen einführen,
 - Gewinne im Land reinvestiert werden (und nicht direkt wieder abgezogen werden),
 - die Aktivitäten der ausländischen Kapitalgeber langfristig ausgerichtet werden.

Dieses Vertrauen läßt sich nur schaffen, wenn auch im Kapitalbereich Verhaltensregeln geschaffen werden, wie sie zum Beispiel im Handelsverkehr im Rahmen des GATT schon lange existieren. Es muß deshalb auch eine der Hauptaufgaben dieser Länder sein, eine zur Entwicklung geeignete gesellschaftliche Ordnung aufzubauen, da diese gleichzeitig den Rahmen für die Gestaltung der jeweiligen Wirtschaftsordnung bildet.

Das Verhalten der Entwicklungsländer könnte daher auf folgende einfache Formel gebracht werden: Maximiere die eigenen Entwicklungsanstrengungen unter der Nebenbedingung, daß sowohl Kapital- als auch Technologie-Hilfen aus dem industrialisierten Ausland eintreffen.

5.1.2. Fremde Hilfe der Industrieländer

Das Verhalten der Industrieländer sollte die eigenständigen Bemühungen der Entwicklungsländer unterstützen, wobei sich das Problem auf die knappe Formel reduzieren ließe:

Maximierung der Entwicklungshilfe (Kapital- und Technologietransfer) unter der Nebenbedingung der Nichtverschlechterung der eigenen Position in liquiditäts- und redistributionspolitischer Hinsicht. Im einzelnen heißt das:

- (a) Bereitstellung vermehrter realer Ressourcen für die Entwicklungshilfe.

- (b) Öffnung der Märkte für gewerbliche und landwirtschaftliche Produkte der Entwicklungsländer durch Abbau der Handelsschranken und Gewährung von nicht-reziproken Zollpräferenzen.
- (c) Anpassung der Binnenstruktur an die veränderten Bedingungen, die durch eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in den internationalen Warenaustausch hervorgerufen werden. Das heißt Schaffung neuer Technologien und Überlassung „alter Märkte“ für die Entwicklungsländer. Hierdurch hätten sowohl Entwicklungsländer als auch Industrieländer sich neue Absatzmärkte geschaffen, wobei auch die Industrieländer Wachstumsgewinne haben können. Denn
- höhere Technologie und
 - kapitalintensivere Produktion (die nicht unbedingt eine Arbeitsfreisetzung bedingt) in Verbindung mit dem
 - Import der herkömmlichen Waren zu weitaus niedrigeren Preisen als in den Hochlohnländern des Westens (Prinzip der absoluten Kostenvorteile bzw. komparativer Kostendifferenzen) ermöglichen Vorteile auf beiden Seiten.

Es muß also in den Industrieländern das Verständnis und die Bereitschaft dafür wachsen, daß eine Entwicklungshilfe auch Opfer für die eigene industrielle Produktionsstruktur mit sich bringt. Dieser Umstrukturierungsprozeß hat in einigen wichtigen Bereichen (Beispiel: Textilien, Kamera, Werftindustrie) bereits stattgefunden, und er wird unseres Erachtens in der Zukunft noch weiter zunehmen (müssen).

In diesem Sinne ist es nur zu begrüßen, wenn von vielen Politikern gefordert wird, einen Teil des künftigen Wachstums zum Beispiel der Bundesrepublik für die Zwecke des sogenannten Nord-Süd-Ausgleichs zur Verfügung zu stellen⁶. Doch sollten diese Bekenntnisse, die so neu nicht sind, sich nicht nur in Resolutionen und Denkschriften niederschlagen, sondern auch in die Realität umgesetzt werden. Ein erster Schritt in diese Richtung scheint das von der Europäischen Gemeinschaft praktizierte Lomé-Abkommen zu sein⁷.

⁶ Vgl. O. V.: „Brandt: Einen Teil des Wachstums für den Nord-Süd-Ausgleich“, in: Handelsblatt — Wirtschafts- und Finanzzeitung, 33. Jg. Nr. 76, vom 28./29. 4. 1978, S. 4.

⁷ Zu den ökonomischen Folgen der dort geforderten entwicklungspolitischen Maßnahmen vgl. Rolf Hasse, Robert Weitz: Das Abkommen von Lomé — Übergang oder Alternative zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung?, in: Wirtschaftspolitische Chronik, 26. Jg. (1977), Heft 2/3, S. 9 ff.

5.2. Möglichkeiten einer Stabilisierung auf kürzere Sicht

Das Ziel der kurzfristigen Stabilisierung ist allein in der Überbrückung momentaner Zahlungsschwierigkeiten zu sehen, wobei sich folgendes Problem ergeben hat:

Die ursprünglich auf dem System fester Wechselkurse aufbauende freie Handels- und Währungsordnung ist (seit der Konferenz von Jamaica im Jahre 1973 auch offiziell) einem weitgehend flexibleren System gewichen:

- (a) Die realwirtschaftliche Bezugsgröße fehlt: Dem Gold-Devisen-Standard folgte ein Papierwährungssystem (SZR).
- (b) Die Rückkehr zu festen Wechselkursen ist bis auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

5.2.1. Die Kreditmöglichkeiten des IWF

Die ursprüngliche Aufgabe des IWF (kurzfristige Überbrückung von Liquiditätsengpässen) wird zunehmend durch längerfristige Kreditgewährung an zahlungsbilanzschwache Entwicklungsländer verdrängt. Die anfangs allein möglichen Verschuldungsarten beim IWF (vier Kredittranchen) zum Zwecke vorübergehender Zahlungsbilanzschwierigkeiten mit entsprechenden wirtschaftspolitischen Auflagen (bei den Ziehungsrechten im Rahmen der 2. bis 4. Tranche) sind durch weitere Kreditgründe erweitert worden:

- unerwartete Einnahmeausfälle bei Rohstoffexporten
- Schaffung von Rohstoff-Pufferlager (Buffer Stocks)
- langfristige strukturelle Anpassung
- sogenannte Ölfazität, die jedoch nur in den Jahren 1974/75 eingesetzt wurde.

Ein Entwicklungsland konnte also (ohne Ölfazität) bis maximal 290 % seiner Quote als Finanzierungshilfe in Anspruch nehmen.

Nach der Konferenz des sogenannten „Interim Committee of the Board of Governors“ des IWF im Januar 1976 in Jamaica⁸ sind diese Kreditmöglichkeiten noch weiter ausgebaut worden:

⁸ Diese Beschlüsse sind an anderer Stelle von prominenten Währungspolitikern (u. a. Charles Kindleberger, Fritz Machlup, Robert Triffin) ausführlich aus unterschiedlichen Perspektiven (Rolle des Geldes, des Wechselkurses, der

- Erhöhung der Quoten um 32,5 %
 - Erhöhung der Kreditfazilität für die kompensatorische Finanzierung von Ausfuhrerlösschwankungen um ca. 3,5 Mrd. Dollar:
 - Ziehungen bis 75 % der Mitgliedsquote (vorher 50 %)
 - jährliche Obergrenze für Ziehungen bis 50 % (vorher 25 %).
- Darüber hinaus kann der Fonds auch schon in einem früheren Stadium der Entwicklung eines Erlösausfalls Hilfe gewähren (Problem der Früherkennung).
- Kreditmöglichkeit (ungefähr 1,5 - 2 Mrd. Dollar) zu günstigen Zinsen aus den Buchgewinnen vom Verkauf von 600 t Gold (Trust-Fund) innerhalb von 4 Jahren an Entwicklungsländer mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 351 Dollar.

Auf die (aus währungspolitischer Sicht) weiteren wichtigen Möglichkeiten zur kurzfristigen Stabilisierung soll im folgenden kurz eingegangen werden.

5.2.2. Die Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR)

Aufgrund der Tatsache, daß ein Land mit defizitärer Zahlungsbilanz SZR in Höhe von 70 % seiner Quote ohne Rückzahlungsverpflichtung ziehen kann (und damit konvertible Währungen beim IWF anfordern kann), wird es diese Art der Liquiditätsbeschaffung jeder anderen Kreditaufnahme mit Auflagen vorziehen. Denn es erhält die ausländische Kaufkraft sozusagen „als Geschenk“⁹. Dadurch wird den armen Ländern die Möglichkeit gegeben, in Höhe der kumulativen Zuteilung Güter und Dienstleistungen von den übrigen Ländern in Anspruch zu nehmen, ohne selbst eine Gegenleistung zum Beispiel in Form von Exporten erbracht zu haben.

Das grundsätzliche Problem liegt nun darin, daß die wirtschaftsstärksten Länder mit den höchsten IWF-Quoten (in der Regel also Industrieländer) auch die höchsten SZR-Zuteilungen erhalten. Dagegen können wirtschafts- und währungsschwache Länder, die jedoch die internationale Liquidität am dringendsten brauchen, wegen ihrer vergleichsweise

Reserven und ihre Bedeutung für Entwicklungsländer) diskutiert worden. Vgl. Edward Bernstein et al.: *Reflections on Jamaica* (Essays in International Finance, No. 115), Princeton, N. J. 1976.

⁹ Jaques Rueff: Geld aus der Retorte oder Gold?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Juni 1969; abgedruckt in: *Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln*, Nr. 42, 1969, S. 9.

geringen Quote auch nur über entsprechend geringe Beträge an SZR verfügen. Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer Änderung der geltenden Zuteilungsregelungen ist daher aus ihrer Sicht durchaus berechtigt, jedoch erscheint sie aus mehreren Gründen bedenklich:

Zum einen erfolgt durch die Aktivierung neuer SZR eine Vergrößerung der internationalen Liquidität ohne entsprechende Veränderungen der realwirtschaftlichen Positionen. Durch die Vergrößerung der „Güterlücke“ müssen zwangsläufig die gegenwärtigen inflationären Spannungen verstärkt werden¹⁰. Eine Vergrößerung der Weltinflation kann aber nicht im Interesse der Entwicklungsländer liegen, da hierdurch sich ihre Welthandelsposition erneut verschlechtern würde: Die realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) würden sich aufgrund der hohen Preiselastizität der Rohstoffgüternachfrage auch nach unten zu ihren Lasten verändern.

Zweitens würde die Zuteilung neuer SZR zum Zwecke des Zahlungsbilanzausgleichs währungsschwacher Länder nur „an Symptomen heilen“, dagegen aber nicht die eigentlichen Ursachen der Ungleichgewichte beseitigen. Internationale Liquidität in Form von Geschenken birgt die Gefahr in sich, daß die Defizitländer nicht mit entsprechender Energie an der Beseitigung der hauptsächlich strukturbedingten Störfaktoren interessiert sind, sondern im weiteren Verlauf immer wieder eine erneute Zuteilung internationaler Zahlungsmittel fordern werden. Eine laufende Vergrößerung der SZR, die nach den Beschlüssen von Jamaica als Hauptreservemedium des Weltwährungssystems etabliert werden sollen, kann aber nicht im Interesse aller am internationalen Handel beteiligten Länder sein. Aus diesem Grund ist eine geeignete Kompromißformel zu suchen, zwischen dem Postulat der „Knapphaltung der Leitwährung“¹¹ einerseits und dem Problem der „Versorgung mit ausreichender internationaler Liquidität“ andererseits. Vergleiche mit den Problemen der optimalen nationalen Geldversorgung drängen sich auf.

¹⁰ Schon 1969 warnte Fritz W. Meyer vor einer unkontrollierten Vermehrung internationaler Liquidität, was er als „perfektierte Inflationsmaschine“ bezeichnete. Denn die Länder können sich Zahlungsbilanzdefizite in Höhe ihrer Zuteilungen leisten, wobei sie sich „... — ob arm oder reich — als Empfänger in die internationale Umverteilung einschalten und in dieser Größenordnung mehr Güter und Dienstleistungen von den übrigen Teilnehmerländern in Anspruch nehmen, als sie selbst durch eigene Gegenleistungen im Export und durch reguläre Auslandskredite finanzieren können“. Fritz W. Meyer: Die perfektierte Inflationsmaschine, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. September 1969, Nr. 224, S. 17.

¹¹ Die SZR sind ein „Währungskorb“, gewichtet aus 16 Währungen.

5.2.3. Die Verknüpfung von SZR-Zuteilung und Entwicklungsfinanzierung (SZR-Link)

Von den Entwicklungsländern wird immer wieder die Forderung nach Verknüpfung von SZR-Zuteilung und Entwicklungsfinanzierung („Link“) gestellt, wobei zwei Varianten diskutiert werden: Zum einen die direkte Zuteilung von SZR an die Entwicklungsländer und zum anderen die Abtretung von SZR-Zuteilungen der Industrieländer an internationale offizielle Entwicklungsinstitutionen¹². Dem Vorteil dieses „Links“, insbesondere der kurzfristigen Verbesserung der Liquiditätslage ohne Verschuldung und Kapitaldienst, stehen die Nachteile der inflationären Aufblähung in Form von internationaler Liquiditätsschöpfung gegenüber. Darüber hinaus würde das Vertrauen in das neue Reservemedium SZR untergraben, die Funktionsfähigkeit des Weltwährungssystems erneut in Frage gestellt.

Die Ablehnung der engen Verknüpfung von Liquiditätsschöpfung durch SZR-Zuteilung und Entwicklungshilfe sollte jedoch nicht dazu führen, daß die Vorteile, die durch die zusätzliche internationale Liquidität gegeben sind, für die Entwicklungshilfe grundsätzlich abgelehnt werden. Vielmehr sollte man erreichen, daß die Zuteilung der SZR nicht allein anhand der Mitgliedsquoten vorgenommen wird, sondern daß die reichen Überschußländer ihre neuen SZR-Anteile entsprechend der zweiten Variante automatisch zum Beispiel der „International Development Association“ (IDA) zur Verfügung stellen sollten. Da in diesen Fragen jedoch bisher zwischen Entwicklungs- und Industrieländern noch keine Einigung erzielt werden konnte, wird das Problem in den internationalen Gremien weiter vertagt.

5.2.4. Die Rolle des Wechselkurses

Ein weiteres Problem liegt nun darin, daß die Entwicklungsländer dem Wechselkurs als Instrument zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der Vergangenheit (insbesondere bis 1973) nur geringe Bedeutung zugemessen haben.

¹² Eine kurze Übersicht über die Entwicklung dieses Problemkreises findet sich bei *Y. S. Park*: *The Link between Special Drawing Rights and Development Finance* (Essays in International Finance, No. 100), Princeton 1973. Vgl. aber auch *William R. Cline*: *International Monetary Reform and the Developing Countries*, Washington D. C. 1976, insbesondere S. 48 ff.

Der Hauptgrund liegt darin, daß sie in vielen Fällen „gemischte Wirtschaftssysteme“ haben, wobei weder ein verlässlicher Preisbildungsprozeß zugelassen, noch eine totale Wirtschaftsplanung durchgeführt wird. Daher tendierten sie in vielen Fällen dazu, den Zahlungsausgleich eher in Form von Handels- und Zahlungsbilanzkontrollen als durch Paritätsänderungen vorzunehmen. Länder, die die binnenwirtschaftliche Allokation der Ressourcen ohne Berücksichtigung der Preisbewegungen durchführen, fordern zwangsläufig auch internationale Kontrollen zum Schutze der binnenwirtschaftlichen Wirtschaftsplanung. Der Vorwurf, daß ihre heimischen Konjunkturschwankungen hauptsächlich durch die Industrieländer hervorgerufen werden, ist zwar nicht von der Hand zu weisen, jedoch wird dabei in vielen Fällen vergessen, daß die Vorteile des internationalen Handelns die Nachteile der von außen induzierten Schwankungen zum Teil aufheben.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung der Paritätsänderungen war und ist in der Inflation zu sehen. Die Entwicklungsländer fürchten, daß zum Beispiel eine Abwertung infolge der dann steigenden Einfuhrpreise zu noch größerer Geldentwertung führen würde. Darüber hinaus könnten diese Defizite aufgrund der mangelnden Liquidität nicht finanziert werden. Dies würde erneut zu Handels- und Zahlungskontrollen führen.

Der Auffassung der Entwicklungsländer, daß ihre Probleme hauptsächlich durch die außenwirtschaftlichen Beziehungen entstanden sind, ist in dieser Form jedoch nicht zuzustimmen. Vielmehr sollte der internationale Zahlungsausgleich auch durch realistische Paritäten unterstützt werden. Wenn die wirtschaftliche Instabilität hauptsächlich durch Schwankungen im Handel mit den Industrieländern begründet liegt, dann müßten konsequenterweise die marktwirtschaftlich orientierten und zugleich „offenen“ Entwicklungsländer am wenigsten stabil sein, was jedoch in einer Untersuchung von *McKinnon* widerlegt wurde¹³.

William R. Cline geht in seiner empirischen Untersuchung der Auswirkungen der Dollar-Abwertungen vom Dezember 1971 und Februar 1973 auf die sog. LDCs (least developed countries) sogar noch weiter. Er kommt nämlich zu dem Ergebnis, daß die Unsicherheit eines flexiblen Wechselkurssystems aus der Sicht dieser Länder durch die Erkenntnis

¹³ Vgl. Ronald I. *McKinnon*: *The Monetary Approach to Exchange-Rate Policy in Less Developed Countries*, in: Herbert C. *Grubel*, Theodore *Morgan* (Hrsg.): *Exchange Rate Policy in Southeast Asia*, Lexington 1973.

gedämpft wird, daß ein solches System immer noch sicherer sei, als zwar seltene aber dafür sehr große Wechselkursanpassungen¹⁴.

5.2.5. Die Bildung von Rohstoff-Erzeuger-Kartellen

Eine Möglichkeit zur Stabilisierung der Exporterlösschwankungen sehen viele Entwicklungsländer in der Bildung eines Kartells, nachdem das OPEC-Kartell der Erdölproduzenten so überaus erfolgreich war. Das Ziel dieser Maßnahme liegt in der Erhöhung der Devisenerlöse durch Heraufsetzung der Rohstoffpreise.

Doch die Stabilität solcher Kartelle ist abhängig unter anderem von:

- der Willensbildung im Innenverhältnis und
- der ökonomischen Macht im Außenverhältnis.

Unterschiedliche soziale und kulturelle Gegebenheiten erschweren jedoch die einheitliche Willensbildung solcher Wirtschaftsvereinigungen. Die Macht ist außerdem begrenzt durch unterschiedliche Produktionsbedingungen sowie durch das Auftreten von Außenseitern, die sich im „Kartellschatten“ erhöhte Erlösmöglichkeiten versprechen. Somit ist die Lebensdauer solcher Kartelle nie sehr groß. Dazu kommen folgende Probleme, die hier nur stichwortartig angesprochen werden sollen:

- Substitution der Rohstoffe untereinander
- Recycling bei mineralischen Rohstoffen
- rohstoffsparender technischer Fortschritt bei weiterer Verteuerung: Ersatz durch Kunststoff etc.
- Marktreaktion: Der Warenaustausch verringert sich.

Darüber hinaus führen Erzeugerkartelle oft zu einer Fehlallokation der Ressourcen. Denn durch die einseitige Einkommensverteilung reduziert sich die Gesamtwohlfahrt.

Aus diesem Grund werden oft sog. „integrierte Erzeuger-Verbraucher-Kartelle“ vorgeschlagen, wie zum Beispiel das integrierte Rohstoff-Programm der UNCTAD.

¹⁴ William R. Cline: *International Monetary Reform*, a.a.O., S. 46. Zu den ersten Erfahrungen der LDCs mit der Wechselkursflexibilität vgl. u. a. Carlos F. Diaz-Alejandro: *Less Developed Countries and the Post-1971 International Financial System (Essays in International Finance, No. 108)*, Princeton 1975, S. 1 - 15.

5.2.6. Methoden zur Exportpreis-Stabilisierung

Im allgemeinen läßt sich der Exportpreis stabilisieren, indem

- der Preis direkt fixiert wird und/oder
- die Angebotsmenge kontingentiert wird.

Bei der Fixierung der Rohstoffpreise werden in einem multilateralen Kontrakt zwischen Export- und Importländern Höchst- und Mindestpreise festgesetzt, innerhalb derer die Importländer (Exportländer) verpflichtet sind, die Waren anzukaufen (abzugeben). Als Beispiel läßt sich hier das Internationale Weizenabkommen anführen, das bis 1971 funktionierte.

Die Vorteile dieses Systems lassen sich wie folgt umschreiben:

- eine Rohstofflagerhaltung ist nicht mehr notwendig,
- innerhalb gewisser Bandbreiten sind sogar Preisreaktionen möglich.

Nachteilig dabei ist jedoch, daß der „wahre“ Gleichgewichtspreis nur schwer prognostiziert werden kann:

- Liegt zum Beispiel die Preismarge über dem „wahren“ Gleichgewichtspreis, dann findet ein laufender Einkommenstransfer von den Import- zu den Exportländern statt.
- Liegt die Preismarge dagegen unter dem Gleichgewichtspreis, erleiden die Exportländer volkswirtschaftliche Verluste.

Bei der anderen Möglichkeit der Exportpreis-Stabilisierung über die Fixierung der Angebotsmengen lassen sich zwei Varianten unterscheiden:

- (a) Mit Hilfe von Rohstoff-Auffanglagern (Buffer Stocks) sollen die Schwankungsbreiten der Rohstoffpreise vermindert werden. Zu diesem Zweck wird ein zentraler Fonds eingerichtet, der zu bestimmten Preisen Rohstoffe kauft bzw. verkauft.

Beispiel: Internationales Zinnabkommen (gültig bis zum 30. 6. 1976). Das Hauptproblem liegt auch hier bei der Prognose des Gleichgewichtspreises.

- (b) Mit Hilfe von Kontingentsystemen, wie zum Beispiel beim Zucker- und Kaffeeabkommen, soll das Gesamtangebot durch mengenmäßige Export- oder Produktionsbeschränkungen der Erzeugerländer quotenmäßig reguliert werden. Der Übergang zu den reinen Erzeugerkartel-

len ist hier jedoch fließend. Der Unterschied liegt nur darin, daß solche Kartelle das Auftreten von Außenseitern verhindern können, dadurch, daß sowohl die wichtigsten Herstellerländer als auch die wichtigsten Nachfragerländer beteiligt sind. Zu dem Problem der Preisprognose tritt hier jedoch zusätzlich noch das Problem der Prognose der Menge und die „geeignete“ Festsetzung der Quoten.

Insgesamt muß gesagt werden, daß eine Angebotsfixierung nur begrenzt durchführbar ist. Denn ihre Realisierung stößt auf eine praktische Unmöglichkeit, da eine Fixierung im Weltmaßstab durchzuführen ist. Darüber hinaus wird die Marktpreisbildung außer Kraft gesetzt, was die Gefahr von Überschußproduktion oder Fehlallokation von Ressourcen heraufbeschwört. Mangelndes Interesse der Rohstoffproduzenten, sich an veränderte Nachfragebedingungen anzupassen, führt im weiteren Verlauf dazu, daß die einseitige Produktionsstruktur weiter gefestigt würde, da kein Interesse mehr an Diversifikation und Industrialisierung vorhanden ist. Die Überschüsse können in einem „integrierten Kartell“ nicht zu Dumping-Preisen abgesetzt werden. Das führt dann zu Vernichtungen oder Lagerungen („Zink-, Zinn- und Bleiberge“). Hierdurch entstehen hohe volkswirtschaftliche Verluste.

Hinzu kommt noch ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt. So sind unseres Erachtens Buffer Stocks auch deswegen ein untaugliches Mittel zur weltweiten Ressourcenverteilung, da der größte Teil der Weltrohstoffausfuhr nämlich aus Industrieländern kommt, wie zum Beispiel UdSSR, USA, Kanada, Südafrika. Die Entwicklungsländer wären also nicht die alleinigen Nutznießer. Von dieser Hilfsmaßnahme würden vorrangig Länder profitieren, die eine Unterstützung nicht unbedingt nötig haben. Entwicklungsländer, die keine Rohstoffe besitzen, werden überhaup benachteiligt.

5.2.7. Methoden zur Exporterlös-Stabilisierung

Ansatzpunkt sind hier nicht Preis oder Menge, sondern der Gesamterlös eines oder mehrerer Entwicklungsländer. Man unterscheidet folgende Möglichkeiten:

(a) Preiskompensations-Abkommen:

Hier verpflichten sich die Importländer (Exportländer) bei einem Sinken (Steigen) der Weltmarktpreise einen vorher vereinbarten Preis zu zahlen (nicht zu überschreiten). Diese Abkommen können auch

asymmetrisch gestaltet werden, wobei nur eine einseitige Zahlungsverpflichtung der Importländer vereinbart wird.

(b) **Kompensatorische Finanzierung:**

Bei dieser Methode erhalten solche Entwicklungsländer, die von Rohstoffexporten abhängig sind, Unterstützungszahlungen im Falle geringer Exporterlöse, die sie aber in Zeiten erhöhter Erlöse wieder zurückerstatten müssen.

Vorteile dieser beiden Methoden sind unter anderem, daß keine Preis- oder Mengenprognosen notwendig werden und daß der Marktmechanismus nicht außer Kraft gesetzt wird. Von Nachteil ist jedoch, daß der Übergang zum Alimentationsprinzip fließend ist, wobei eine Gefahr der Überschußproduktion und Fehlallokation der Ressourcen gegeben ist, und das mangelnde Interesse der Rohstoffproduzenten, die einseitige Produktionsstruktur zu verändern, verstärkt wird.

Als eine weitere Möglichkeit zur Exporterlös-Stabilisierung wird daher vielfach die Indexierung der Rohstoffpreise angeführt. Bei dieser Methode könnten die Exportpreise an die Preisentwicklung der von den Entwicklungsländern importierten Fertigwaren aus den Industrieländern angebunden werden. Aber auch diese Methode läßt keine dauerhafte Stabilisierung erwarten, zumal der Erfolg der Indexierung infolge der bestehenden Substitutionsmöglichkeiten bei den meisten Rohstoffen in Frage gestellt ist.

6. Ausblick

Insgesamt gesehen muß man zu dem Schluß kommen, daß eine Lösung des währungspolitischen Dilemmas der Entwicklungsländer — trotz der vielen für die kurzfristige Stabilisierung der Liquiditätsgänge vorgesehenen Möglichkeiten — solange nur an Symptomen heilt, solange nicht eine vollständige Integration der chronischen Defizitländer in den gesamten Weltwirtschaftskreislauf gelungen ist. Aus diesem Grund wird es auch in Zukunft mehr oder weniger starke Währungsturbulenzen geben, wobei ein internationaler Konsens hier nur erreicht werden kann, wenn die Interessenlage der einzelnen Ländergruppen, die gegenwärtig zum Teil sehr stark divergieren, oft aber auch nur unzureichend artikuliert sind, aneinander angenähert werden. Die Problemlösungen werden unseres Erachtens dadurch erschwert, daß neben der „technischen und ökonomischen Operationalität“ auch die „politische

Akzeptanz“ eine entsprechende Berücksichtigung erfahren muß. Gerade hier dürfte aber eines der Haupthindernisse bei der Durchsetzung von künftigen Reformbestrebungen liegen.

Fritz Voigt und Jorg-Günther Grunwald, Bonn

Zusammenfassung

Zur währungspolitischen Situation der Entwicklungsländer Möglichkeiten und Grenzen der Stabilisierung

Das währungspolitische Problem der Entwicklungsländer besteht in den schon chronisch zu nennenden Zahlungsbilanzdefiziten. Ihre hauptsächlichsten Bestimmungsfaktoren sind sowohl struktureller Art (z. B. Monokulturen, Komplementärstruktur, mangelhafte Infrastruktur) als auch monetärer Art (z. B. inflationäre Entwicklung).

Aufgrund der nur begrenzt verfügbaren Ausstattung mit Währungsreserven wird ein Zwang zur Anpassung und Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts immer dringender. Dabei muß man grundsätzlich unterscheiden zwischen:

- Stabilisierungsmöglichkeiten auf längere Sicht, wie z. B. Technologietransfer in die Entwicklungsländer, Stärkung der Exportfähigkeit durch Verbesserung der Infrastruktur, Schaffung von „Vertrauen“, das den privaten Investoren erlaubt, Kapital einzuführen und Gewinne im Lande zu re-investieren, etc., und
- Stabilisierungsmöglichkeiten auf kürzere Sicht, die allein zur Überbrückung momentaner Zahlungsbilanzschwierigkeiten geeignet sind und daher einen langfristig orientierten Umstrukturierungsprozeß in den Entwicklungsländern (aber auch in den Industrieländern) nicht ersetzen dürfen. Hierzu zählen insbesondere die Kreditmöglichkeiten des IWF, die Zuteilungen von Sonderziehungsrechten (sowie ihre Verbindung — „link“ — mit der Entwicklungshilfe), die Rolle des Wechselkurses, die Bildung von Rohstoff-Erzeuger-Kartellen und schließlich die Methoden, die zur Exportpreis- und Exporterlös-Stabilisierung vorgeschlagen werden.

Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß in der internationalen Währungspolitik — trotz der vielen für die kurzfristige Überbrückung der Liquiditätsengpässe vorgesehenen Möglichkeiten — solange nur an Symptomen geheilt wird, solange nicht eine vollständige Integration der chronischen Defizitländer in den gesamten Wirtschaftskreislauf gelungen ist. Problemlösungen scheitern gegenwärtig immer noch an der „technischen und ökonomischen Operationalität“ sowie an der „politischen Akzeptanz“ der vorgeschlagenen Reformbestrebungen. Daher wird es auch noch in der Zukunft mehr oder weniger starke währungspolitische Turbulenzen geben.

Summary

On the Monetary Situation of the Developing Countries Possibilities and limits of Stabilization

The monetary problem of the developing countries lies in the now already chronic balance-of-payments deficits. Their chief determinants are of both a structural nature (e. g. monocultures, complementary structures, inadequate infrastructure) and a monetary nature (e. g. inflationary trend).

On account of the only limited available stock of currency reserves, the need to adjust and restore foreign trade equilibrium is becoming ever more urgent. In this connection, a fundamental distinction must be drawn between:

- long-range possibilities of stabilization, e. g. transfer of technology to developing countries, strengthening of their export capacity to improve the infrastructure, generation of “trust” that permits private investors to import capital and re-invest profits in the country, etc., and
- short-range possibilities of stabilization, which are suitable only for bridging momentary balance-of-payments difficulties and therefore must not replace a long-range restructurization process in the developing countries (but also in the industrial countries). These possibilities include in particular the credit facilities of the IMF, the allocation of special drawing rights (and their link with development aid), the role of the exchange rate, the formation of raw material producers cartels and, lastly, the methods proposed for export price and export earnings stabilization.

The report reaches the conclusion that in international monetary policy — despite the many possibilities available for short-term remedying of liquidity bottlenecks — only symptoms will be treated as long as countries with chronic deficits have not been completely integrated into the overall economic process. At present, solutions are still often frustrated by “technical and economic operability” and “political acceptance” of the proposed reform efforts. Hence, there will continue to be more or less strong monetary turbulence in the future, too.

Résumé

De la situation de la politique monétaire des pays en voie de développement Possibilités et limites de la stabilisation

Le problème de la politique monétaire des pays en voie de développement réside dans les déficits déjà chroniques de leurs balances des paiements. Leurs facteurs de détermination sont tant d'ordre structurel (ex: monocultures, structure complémentaire, infrastructure déficiente) que monétaire (ex: évolution inflationniste).

Comme les réserves monétaires disponibles sont limitées, il est de plus en plus urgent d'ajuster et de rétablir l'équilibre des échanges extérieurs. A cet effet, l'on distinguera fondamentalement entre:

- les possibilités de stabilisation à long terme, comme par exemple le transfert de technologie dans les pays en voie de développement, la consolidation des capacités d'exportation par l'amélioration de l'infrastructure, le rétablissement de la "confiance" en vue d'inciter les investisseurs privés à apporter des capitaux et à réinvestir sur place les bénéfices, etc. . . ., et
- les possibilités de stabilisation à court terme, qui ne sont propres qu'à la solution de difficultés momentanées des balances de paiements et qui ne peuvent donc remplacer dans les pays en voie de développement (mais aussi dans les pays industrialisés) un processus de restructuration orienté sur le long terme. Et l'on range ici en particulier les lignes de crédit du FMI, les attributions de droits de tirage spéciaux, (ainsi que leur liaison — "link" — à l'aide au développement), le rôle du taux de change, la constitution de cartels de producteurs de matières premières et enfin les méthodes proposées pour stabiliser les prix et les revenus des exportations.

Le rapport conclut que dans la politique monétaire internationale — malgré les nombreux moyens de franchissement à court terme des impasses de liquidités — on ne s'attaque qu'à des symptômes aussi longtemps qu'on n'aura pas réalisé une intégration complète des pays à déficits chroniques dans le circuit économique général. Les solutions aux problèmes se heurtent encore toujours à l'"opérationnalité technique et économique" ainsi qu'à l'"acceptabilité politique" des réformes proposées. L'on peut par conséquent s'attendre encore pour l'avenir à de plus ou moins puissantes turbulences monétaires.